

Neuer AWG-Vorstand will „Lust auf Politik“ machen (12.04.2011)

Mitte März wurde in der AWG-Mitgliederversammlung turnusmäßig der neue AWG-Vorstand gewählt. Der einstimmig gewählte, neue Erste Vorsitzende Gerold Hoffmann und seine Vorstandskollegen haben den Fahrplan für die kommenden Monate bis zur Kommunalwahl verabschiedet. „Zunächst werden wir als AWG-Vorstand intensiv mit unseren Mitgliedern diskutieren, welche Themen wir als AWG auf die Agenda nehmen sollen. Im Anschluss daran wollen wir unsere Ergebnisse möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern vorstellen, um die Liste sinnvoll zu ergänzen.“ Auf diese Weise möchte die AWG auch für die kommende Kommunalwahl ein inhaltlich starkes Programm präsentieren, das eine echte Alternative zu den bundespolitisch etablierten Parteien darstellt. „Wir glauben, dass auch die Auricher ein Recht haben auf Politik, die versucht, dem besten Argument zu folgen und nicht der Meinung des Fraktions- oder Parteivorsitzenden“ stellt der zweite Vorsitzende Norbert Eilers klar. Die AWG hat in den letzten 20 Jahren im Rat nie „Nein“ zu guten Ideen sagen müssen, nur weil der politische Rivale „Ja“ sagte. Diese Unabhängigkeit sei Kern der freien Wählergemeinschaften in ganz Deutschland und wird auch weiterhin für die AWG gelten.

Wer sich politisch engagieren und dem Gedanken der Unabhängigkeit folgen möchte, ist jederzeit herzlich willkommen bei der AWG. „Wir freuen uns über jedes neue Mitglied und unsere Listen für die Kommunalwahl sind offen für jeden Auricher“, betont Hoffmann. Über eine vorläufige Aufstellung für die Kommunalwahl soll in einer Mitgliederversammlung Anfang Juni entschieden werden.

Erste konkrete Gedanken zur Wahl hat sich der siebenköpfige Vorstand bereits gemacht. So fordert der AWG-Vorstand in Absprache mit der Fraktion erneut alle Parteien dazu auf, über einen Verzicht oder zumindest eine Einschränkung der Plakatwerbung nachzudenken. „Über Wochen wird keine Straßenlaterne verschont und überall liest man markige, aber meist komplett inhaltsfreie Werbeslogans. Das will kein Auricher!“ ist sich Eilers sicher. Die AWG schlägt vor, die dadurch ersparten Mittel einem sozialen Zweck zuzuführen. Über die Verwendung könnten alle kandidierenden Gruppen und Parteien dann gemeinsam befinden.